

## AGRARREFORM IN PARAGUAY

Hunger, Armut, Krankheiten, gewaltsame Vertreibungen und Unsicherheit sind Alltag für die landlosen Bauernfamilien in Paraguay. Die paraguayische Regierung ist durch die Verfassung und durch das Menschenrecht auf Nahrung verpflichtet, eine umfassende Agrarreform durchzuführen und den Bauern das benötigte Land zuzusichern. Die Realität sieht anders aus: Die Agrarreform stockt, und nur die exportorientierte Landwirtschaft wird nennenswert gefördert. Währenddessen erleiden die Landlosen vielfältige Repressalien durch Großgrundbesitzer und ihre so genannten Sicherheitskräfte, die vor Einschüchterung, Drohungen, Verschleppung, Vertreibung und sogar Mord oft nicht zurückschrecken.

So wurden die 54 Bauernfamilien von Tekojojá im Bezirk Vaquería des Departements Caaguazú seit 2003 drei Mal gewaltsam aus ihrer Siedlung vertrieben und haben bis heute unter den bewaffneten Angriffen der aus Brasilien eingewanderten SojaproduzentInnen und deren Handlangern zu leiden. Diese beanspruchen das gleiche Gebiet für ihre exportorientierte Produktion von gentechnisch verändertem Soja. Doch die Gemeinde gibt nicht auf. Trotz der Furcht, das ihnen zugesprochene Land ein weiteres Mal zu verlieren, sind sie jedes Mal wieder auf das Land zurückgekehrt und wagen mit solidarischer Unterstützung benachbarter Siedlungen abermals einen Neuanfang in Tekojojá.

### UNGERECHTE LANDVERTEILUNG, ARMUT UND HUNGER

In Paraguay leben 42 Prozent der Bevölkerung im ländlichen Raum, was den höchsten Prozentsatz in ganz Lateinamerika darstellt. Doch ist es auch das Land mit der ungerechtesten Landverteilung. Der Anteil der Kleinstbetriebe, deren Fläche nicht einmal ausreicht, um den Lebensunterhalt einer Familie zu sichern, hat zwischen 1981 und 1991 von 36 auf 40 Prozent zugenommen. Neuere Erhebungen gibt es nicht. Besonders Frauen ist der Zugang zu Land verwehrt, sie stellen gerade mal 9,4 Prozent der Landbesitzenden dar. So warten die Bauernfamilien in provisorischen Lagern auf die Anerkennung ihres

Landes, wo sie unter Armut, Unterernährung und Krankheiten leiden.

Wie in vielen Ländern Lateinamerikas wurzelt diese extrem ungerechte Landverteilung in der spanischen Kolonialzeit. Verschärft wurde diese Entwicklung seit Ende des Krieges von 1870 zwischen Paraguay und der Allianz von Brasilien, Argentinien und Uruguay, als staatliches Land hauptsächlich an ausländische Investoren veräußert wurde. Diktator Alfredo Stroessner (1954 - 1989) ließ zudem durch sein *Estatuto Agrario* elf Millionen Hektar Staatseigentum an wenige Begünstigte verteilen, und legte damit den Grundstein für die heutige auf Massenproduk-

### LANDVERTEILUNG UND ARMUT IN ZAHLEN

- 1% der Landbesitzer verfügen über 77% des Landes, 40% der Landarbeiter mit 0 bis 5 ha besitzen zusammen nur 1% des Landes
- 38,2% der Bevölkerung leben insgesamt in Armut, 15,5% davon in extremer Armut
- 36,6% der Bevölkerung auf dem Land leben in Armut, 39,4% in der Stadt
- 15 % der Bevölkerung ist unterernährt
- 120.000 Familien (29,7% der Landbevölkerung) besitzen kein Land, insgesamt besitzen 300.000 Familien zu wenig oder gar kein Land

tion und Export ausgerichtete Landwirtschaft. Noch immer befinden sich neun Millionen Hektar dieser so genannten *tierras mal habidas* im Besitz von einflussreichen Politikern und Militärs.

Armut ist traditionell vor allem ein ländliches Phänomen. Doch seit 1997 liegt erstmals der Anteil der Armen in den Städten höher als auf dem Land, denn viele Bäuerinnen und Bauern haben die Hoffnung auf eine Verbesserung der Situation im ländlichen Raum aufgegeben. Die schlechten Lebensbedingungen zwingen sie, ihr Glück in den Städten zu versuchen, in der Regel ohne Erfolg. Insgesamt ist die Armut gestiegen. Auch die Quote der Unterernährung in der Bevölkerung war Ende der 1990er Jahre nur vorübergehend gesunken, nimmt seit 2001 jedoch wieder zu (FAO). Gründe für Armut und Hunger gibt es viele: die Krise der wichtigsten Ertragsgüter wie Baumwolle, die Einschränkung der staatlichen Ressourcen für Gesundheit, Bildung und Infrastruktur, Umweltzerstörung sowie die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Ausgrenzung der bäuerlichen und indigenen Gemeinschaften. Eine zentrale Rolle spielt dabei die extreme Konzentration des Landes in den Händen Weniger und ein Produktionsmodell, das die extrem mechanisierte und exportorientierte Landwirtschaft zu Lasten der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern begünstigt. Zwar nimmt die Viehzucht der Großgrundbesitzer mit 16.515.451 Hektar noch immer den größten Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche ein, doch auch der Sojaanbau ist stark auf dem Vormarsch. Paraguay ist inzwischen der viertgrößte Sojaexporteur der Welt, und die Sojapflanzungen - 80 Prozent davon genetisch manipuliert - nehmen mit zwei Millionen Hektar zwei Drittel der genutzten Agrarfläche des Landes ein. Durch unangemessene Verwendung von Pestiziden werden Nahrung und Trinkwasser der benachbarten Kleinbauernsiedlungen zudem häufig vergiftet, was zusätzlich zu Krankheiten, in einigen Fällen gar zum Tod geführt hat.

### **GEWALTSAME KONFLIKTE NEHMEN ZU**

Die ineffektive Handlungsweise der Regierung, die ihnen keine Möglichkeit der Ernährungssicherung bietet, lässt den landlosen Bauern und Bäuerinnen häufig keinen anderen Ausweg als die friedliche Besetzung von ungenutztem Land. Die Großgrundbesitzer, die am längeren Hebel sitzen, reagieren auf die Besetzungen oft gewaltsam. Der Bezirk Yryvukuá im Departement von San Pedro blickt auf eine lange Geschichte des Kampfes um Land und sozialer Mobilisierung zurück. Gerade hier leiden die Kleinbauernfamilien und AnführerInnen sozialer Bewegungen besonders unter den Angriffen der von den Großgrundbesitzern beauftragten so genannten Kommissionen für Bürgerschutz und Sicherheit. Diese Kommissionen, die angeblich zum Schutz der ländlichen Bevölkerung vor den häufigen Verbrechen in der Region gegründet wurden, sind heute zum Instrument der Unterdrückung und Vertreibung für die Land besitzende Elite geworden. Ihnen werden zahlreiche Verstöße gegen die Menschenrechte der

Kleinbauernfamilien zur Last gelegt. Friedliche Landbesetzungen und andere Formen des Protests und der sozialen Mobilisierung, wie Straßensperren, Demonstrationen oder Versammlungen, werden jedoch nicht nur von Großgrundbesitzern unterdrückt. Auch die Polizei geht bei Räumungen und Vertreibungen mit unangemessener Gewalt vor, nimmt willkürliche Verhaftungen - sogar von Kindern - vor und verstößt damit massiv gegen die Menschenrechte. Verbrechen gegen die Bauernfamilien werden dagegen nur unzureichend verfolgt und bleiben oft unbestraft.

### **AGRARREFORM HAT KEINE PRIORITÄT**

1992 ratifizierte Paraguay den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (WSK-Pakt) und verpflichtete sich dadurch, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Menschen ihr Recht auf Nahrung zu gewährleisten. Dies kann durch eine Agrarreform bewerkstelligt werden, die der Landbevölkerung einen direkten Zugang zu eigenem Land ermöglicht, das sie zur Sicherung ihres Lebensunterhalts nutzen kann. Den Bestimmungen in Kapitel 9 (Art. 109, sowie Art. 114 bis 116) der paraguayischen Verfassung zufolge muss den kleinen und mittelgroßen landwirtschaftlichen Betrieben der Zugang zu Land, das nicht seine soziale Funktion erfüllt, ermöglicht werden, um sie auf diesem Wege in die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Nation einzubeziehen. Die Vergabe von Krediten und die Bereitstellung der nötigen Infrastruktur sollen sie dabei unterstützen. Statt ihren Verpflichtungen bezüglich der Agrarreform nachzugehen, setzt die Regierung jedoch im „Nationalen Plan für landwirtschaftliche und ländliche Entwicklung“ für die Jahre 2004 bis 2008 ein Wachstum des landwirtschaftlichen Bruttoinlandsproduktes und eine Steigerung der Agrarexporte als wichtigste Ziele fest. Die Förderung der Kleinbauern und Landlosen steht erst an zweiter Stelle. Der Plan sieht vor, lediglich 8.000 Landtitel im Jahr an begünstigte Familien zu übergeben. Die dafür verantwortliche Behörde (INDERT) sieht das Privateigentum jedoch als „heilig“ an und geht meist äußerst zurückhaltend mit dem Instrument der Enteignung von Großgrundbesitzern um. Stattdessen setzt sie auf ein marktorientiertes Erwerben von Land, was sich oftmals als langwieriger und teurer Prozess herausstellt, wenn denn überhaupt ein Kauf zustande kommt. Zum Ankauf hochwertiger Ländereien für die Armen reicht das Budget des INDERT in der Regel nicht aus. Oft warten die Bauernfamilien in ihren provisorischen und marginalisierten Lagern vergeblich auf ihr Land.

### **RECHTE DER INDIGENEN**

Die indigene Bevölkerung Paraguays stellt mit 87.099 Personen etwa 1,7 Prozent der Gesamtbevölkerung dar und setzt sich aus 17 verschiedenen Völkern zusammen. Die kollektiven Landrechte dieser ethnischen Gruppen sind zum einen in der paraguayischen Gesetzgebung (Art. 64 der Verfassung und im Indianerstatut von 1981) verankert und werden zum anderen durch die 1993 von Paraguay ratifi-

zierte Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation der UNO (ILO) festgelegt. Somit ist die paraguayische Regierung dazu verpflichtet, diesen Völkern das von ihnen traditionell bewohnte Territorium anzuerkennen und über das Institut für Indigene (INDI) an die Gemeinschaft zu überschreiben. Heute leben 80 Prozent der Indigenen auf Territorien, die ihnen zur exklusiven Nutzung überlassen sind, doch nur die Hälfte von ihnen verfügt auch über die offiziellen Besitzurkunden. Somit ist die rechtliche Absicherung meist ungeklärt, was dazu führt, dass indigene Gruppen Gefahr laufen, ihr Land jederzeit wieder zu verlieren. In den Gebieten, die ihnen zur Verfügung stehen, leiden die Indigenen häufig unter schlechten Lebensbedingungen, Besetzungen durch landlose Bauernfamilien und Diskriminierung von Seiten staatlicher Behörden.

### **Erfolg für Menschenrechte von Indigenen**

Wie zahlreiche andere indigene Gruppen müssen auch die Sawhoyamaxa vom Volk der Enxet im Chaco-Gebiet um ihre Landrechte kämpfen. 1991 forderte die Gemeinschaft die Legalisierung von 14.404 ha Land, das ihre Vorfahren bewohnten. Das Land war im Besitz des Deutschen Heribert Roedel, dessen Landbesitz in Paraguay sich auf insgesamt auf 120.000ha beläuft, 60.000 davon im Chaco-Gebiet. Die Forderungen der indigenen Gruppe wurden mit Verweis auf ein Investitionsschutzabkommen Paraguays mit Deutschland zugunsten des Großgrundbesitzers abgelehnt. Die Lebensbedingungen der Sawhoyamaxa, die derzeit am Rande einer Straße kampieren, verschlechterten sich von Tag zu Tag. In ihrem Kampf ums Überleben machten sie sich im Juni 1999 zu einer Demonstration in die Hauptstadt Asunción auf. Mit Unterstützung der Menschenrechtsorganisation Tierraviva wandten sie sich 2001 außerdem mit ihrer Klage an den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte (CIDH). Im März 2006 verurteilte dieser schließlich den Staat Paraguay aufgrund von Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Sawhoyamaxa. Der Staat muss der Gemeinschaft nun nicht nur innerhalb von drei Jahren das geforderte Land überschreiben, sondern ihnen darüber hinaus eine Million Dollar für einen Entwicklungsfonds bereitstellen und Entschädigungszahlungen für den Tod von 18 Kindern verrichten, die aufgrund der schlechten Lebensbedingungen gestorben sind. Bis die Überschreibung des Landes erfolgt ist, muss zudem staatliche Beihilfe zum Lebensunterhalt der Gruppe geleistet werden. Das Gericht urteilte auch grundsätzlich, dass Investitionsschutzabkommen, wie das zwischen Paraguay und Deutschland, niemals zu Lasten der Menschenrechte ausgelegt werden dürfen. Im Zusammenhang mit einem anderen Fall hatte FIAN die deutsche Bundesregierung zuvor vergeblich aufgefordert, den Vorrang der Menschenrechte und der Agrarreform vor dem Schutz deutscher Investoren gegenüber der paraguayischen Regierung klarzustellen. Eine solche Klarstellung würde für zahlreiche Indigene und Kleinbauernfamilien eine wichtige Unterstützung bedeuten.

### **FORDERUNGEN DER KAMPAGNE FÜR AGRARREFORM**

Mit Organisationen wie der Bauernbewegung Paraguays (MCP), der Nationalen Koordination der Bauernorganisationen (MCNOC), der Organisation für den Kampf um Land (OLT) oder der Nationalen Koordination ländlicher und indigener Frauen (CON-AMURI) kämpfen die Menschen im ländlichen Raum gemeinsam für ihr Menschenrecht auf Nahrung. Diese soziale Mobilisierung, die Solidarität der Gemeinden und die Vernetzung mit Menschenrechtsorganisationen wie SEIJA haben bereits zu Erfolgen geführt und machen den Kleinbauern Mut, ihren Kampf fortzuführen, trotz der Schwierigkeiten, die sich ihnen in Form von Großgrundbesitzern, ihren Handlangern und des Staates in den Weg stellen.

Die Weltweite Agrarreformkampagne von FIAN, La Via Campesina und LARAN unterstützt diesen Kampf der landlosen und landarmen Bauernfamilien und ihre Forderungen an den Staat, seine menschenrechtliche Verpflichtung zur Durchführung der Agrarreform wahrzunehmen. Auf der Grundlage einer eigenen Untersuchungsmission in Paraguay in 2006, fordert die Agrarreformkampagne:

- die Durchführung einer Rechtsreform, welche Zwangsvertreibungen der Bauernfamilien verhindert; die Anwendung bereits existierender Instrumente, wie dem Código Procesal Civil, damit Landkonflikte in der bürgerlichen und nicht in der strafrechtlichen Gerichtsbarkeit bearbeitet werden.
- die Ermittlung der Existenz von paramilitärischen Aktivitäten innerhalb der staatlichen Polizei, sowie von privaten Milizen der Großgrundbesitzer, deren Abschaffung und die Verurteilung der Verantwortlichen von Verbrechen gegen Bauerngemeinschaften.
- die Einstellung der Verfahren gegen angeklagte Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die an friedlichen Besetzungen, Straßensperren oder Demonstrationen teilgenommen haben, die Gewährleistung ihrer Versammlungsfreiheit und ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung, sowie Maßnahmen zur Bekämpfung der Gewalt gegen Kleinbauern
- die Umsetzung einer Agrarreform, welche auf die kleinbäuerliche Landwirtschaft, insbesondere der Frauen, ausgerichtet ist. Dabei muss auch die Möglichkeit zur Enteignung von Großgrundbesitz im sozialen Interesse ausgeschöpft werden. Marktgestützte Landreformprogramme reichen zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung keineswegs aus.
- die Ausarbeitung eines Plans zur Rückgewinnung des illegal veräußerten Staatsbesitzes (*tierras malhabidas*) zur Verteilung an landlose Familien
- das Vorantreiben der Demarkierung indigener Territorien und deren Schutz vor illegalen Besetzungen durch unbefugte Personen

FIAN-Deutschland  
Düppelstraße 9 - 11  
D-50679 Köln  
Tel: ++49 221 70 200 72  
Fax: ++49 221 70 200 32  
E-Mail: [fian@fian.de](mailto:fian@fian.de)  
<http://www.fian.de>

- die Untersuchung der Auswirkungen des extensiven Sojaanbaus auf die Menschenrechte der Landbevölkerung.
- die Förderung der kleinbäuerliche Landwirtschaft durch angemessene technische und finanzielle Unterstützung.

**La Via Campesina („Der bäuerliche Weg“): Für Ernährungssouveränität und das Recht, zu produzieren**

La Via Campesina ist eine internationale Bewegung, in der sich Bäuerinnen und Bauern von mittleren und kleinen Betrieben, Landarbeiterinnen und Landarbeiter, Landlosen, Landfrauen und indigene Gemeinschaften aus mehr als 65 Ländern Amerikas, Asiens, Afrikas und Europas zusammengeschlossen haben. Das wesentliche Ziel von La Via Campesina ist es, Solidarität und Einheit in Vielfalt unter den Bauernorganisationen zu entwickeln, um Gleichheit und soziale Gerechtigkeit in den wirtschaftlichen Beziehungen zu erreichen, das Land zu verteidigen, die Ernährungssouveränität zu sichern und eine nachhaltige und gleichberechtigte Landwirtschaft auf der Grundlage der kleinen und mittleren bäuerlichen Produktion zu fördern.

La Via Campesina  
Internationales Sekretariat  
Jalan Mampang Prapatan XIV No 5  
Jakarta Selatan 12790, Jakarta - Indonesia  
Tel +62 21 7991890  
Fax +62 21 7993426  
[viacampesina@viacampesina.org](mailto:viacampesina@viacampesina.org)  
[www.viacampesina.org](http://www.viacampesina.org)  
Kontakt Globale Kampagne für Agrarreform  
[viacampesina\\_cgca@amnettgu.com](mailto:viacampesina_cgca@amnettgu.com)  
Tel: +504 235 9915 // +504 232 2198

**FIAN (FoodFirst Informations- und Aktionsnetzwerk): Für das Recht, sich zu ernähren**

FIAN ist die internationale Menschenrechtsorganisation, die sich für das Recht, sich zu ernähren, einsetzt. FIAN wurde 1986 gegründet und hat heute Mitglieder in mehr als 60 Ländern weltweit. Das Ziel von FIAN ist es, weltweit zur Umsetzung und Überwachung der internationalen Menschenrechtsverträge beizutragen. FIAN setzt sich insbesondere für das Menschenrecht, sich selbst zu ernähren, von denjenigen Personen und Gruppen ein, die von Hunger und Unterernährung bedroht sind.

**Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte:**

FIAN-Deutschland  
Düppelstraße 9 - 11  
D-50679 Köln  
Tel: ++49 221 70 200 72  
Fax: ++49 221 70 200 32  
E-Mail: [fian@fian.de](mailto:fian@fian.de)  
<http://www.fian.de>